

## Länderbericht: Paraguay

## Mit Bibel und Computer gegen die Korruption

Neuanfang mit protestantischer Arbeitsethik / Auf dem Land steigen die sozialen Spannungen / Von Carl Moses

Paraguay sucht einen Neuanfang. Ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit rückte das im Inneren Südamerikas versteckte Land bisher nur gelegentlich durch seine großzügige Aufnahmebereitschaft gegenüber flüchtigen Wirtschaftskriminellen wie dem früheren Südmilch-Chef Wolfgang Weber oder durch sagenhafte Schmuggelgeschäfte. Nun will der seit August 2003 amtierende Staatspräsident Nicanor Duarte Frutos bei einem Besuch in Deutschland Mitte Oktober zeigen, daß ein ganz anderes Paraguay im Entstehen ist. Die Bilanz seines ersten Amtsjahres kann sich in der Tat sehen lassen. Die Staatsfinanzen gesunden, die Inflation ist unter Kontrolle, und die Wirtschaft verzeichnet endlich wieder ein leichtes Wachstum.

ASUNCIÓN, 19. September

Präsident Duarte kommt wie alle vorangegangenen Staatschefs der letzten fünfzig Jahre seit der Machtergreifung des früheren Diktators Alfredo Stroessner aus der Colorado-Partei (ANR). Das liegt nicht zuletzt daran, daß die zersplitterten Oppositionsparteien in den fünfzehn Jahren seit der Rückkehr zur Demokratie nie in der Lage waren, sich bei Präsidentenwahlen auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Um den überkommenen Colorado-Filz in der Verwaltung und in den maroden Staatsunternehmen zu säubern, hat Duarte zahlreiche Fachleute von außerhalb der Colorado-Reihen in die Regierung geholt.

Vor allem die Berufung von Angehörigen der streng nach der Bergpredigt lebenden Religionsgemeinschaft der Mennoniten wird als Indiz gewertet, daß Duartes Kreuzzug gegen die Korruption ernst gemeint sein könnte. Viele der ursprünglich aus Friesland stammenden Mennoniten waren nach dem Ende der zwanziger Jahre vor Verfolgung aus Rußland und anderen Ländern nach Paraguay geflohen, wo die Regierung ihnen Religionsfreiheit und die Befreiung vom Wehrdienst zusicherte. In ihren weitgehend autonom verwalteten Siedlungen im unwirtlichen Buschland des Chaco haben es die Mennoniten unter großen Opfern mit Fleiß und gottesfürchtigem Anstand zu beträchtlichem Wohlstand gebracht.

Dem mennonitischen Vize-Finanzminister Andreas Neufeld wird zugeschrieben, daß die Steuereinnahmen im ersten Halbjahr um 32 Prozent gestiegen sind. Der Fiskus habe bestechliche Steuerprüfer durch neue Computerprogramme ersetzt, um

die Unternehmensdaten auf Konsistenz zu prüfen, erklärt der Wirtschaftsberater des Präsidenten, Carlos Walde, auf dessen Schreibtisch das Neue Testament neben dem Laptop ruht. Mit Präsident Duarte habe der Geist der „protestantischen Arbeitsethik“ in die Regierung Einzug gehalten, sagt Walde, der als erfolgreicher Unternehmer auf den ihm zustehenden Ministersold verzichtet.

In Besinnungstagen an den Wochenenden sammeln Staatschef Duarte und seine Mitstreiter Kräfte, um mit dem schweren Erbe aus Jahrzehnten der Colorado-Pfründenwirtschaft fertig zu werden. Duartes Amtsvorgänger Luis González Macchi hatte die Staatsverschuldung in wenigen Jahren von 32 auf 49 Prozent des BIP getrieben, schätzt die Dresdner Bank Lateinamerika. Kredite wie die 400 Millionen Dollar, die sich Paraguay von taiwanischen Banken gegen die diplomatische Anerkennung Nationalchinas erkauft hatte, versickerten zum großen Teil in dunklen Kanälen.

Nach einer erfolgreichen Umschuldung hat die Ratingagentur Standard & Poor's Paraguay vor kurzem mit einer besseren Bonitätsnote (B-) bedacht. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) lobt die Fortschritte bei den Reformen der Renten- und Steuersysteme sowie das neue Zollgesetz, dem die tapfere Zollchefin Margarita Díaz de Vivar trotz Drohungen gegen ihre Person auch Geltung verschafft – in einem Land, wo selbst der frühere Staatschef González Macchi mit einem geschmuggelten Luxusauto erwischt wurde, ist letzteres keine Selbstverständlichkeit.



Weiterhin die wirtschaftliche Hauptader Paraguays: Die ausgeprägte Land- und Viehwirtschaft

Foto dpa

In den achtziger Jahren galt Paraguay noch als eine der stabilsten Volkswirtschaften Südamerikas. Doch in Lateinamerikas Aufbruchphase während der neunziger Dekade fiel Paraguay deutlich gegenüber den meisten Ländern der Region zurück. Zwar schwenkte auch Paraguay von der Diktatur zur Demokratie, doch bedeutende Wirtschaftsreformen konnte oder wollte keine der Regierungen durchsetzen. Die Privatisierungswelle ging an Paraguay vorbei, selbst die Zementproduktion blieb in staatlichen Händen. Investoren machten trotz großzügiger Steuerbefreiungen und anderer Fördermaßnahmen einen immer größeren Bogen um das Land.

Die Erwartungen an konkrete Ergebnisse der Deutschland-Reise des Präsidenten

halten sich denn auch in Grenzen. „Paraguay hat einen katastrophal schlechten Ruf“, konstatiert Michael Becker, Präsident der deutsch-Paraguayischen Industrie- und Handelskammer zu Asunción. Becker hofft, daß Duarte wenigstens „Türen öffnen“ kann. Auch der ebenfalls mennonitische Minister für Industrie und Handel, Ernst Bergen, übt sich in Realismus: „Wir müssen erst einmal säen und zeigen, daß sich etwas tut.“ Aufgrund der mangelhaften Konzeption und Verwaltung von Projekten in Paraguay werden nicht einmal zugesagte Entwicklungshilfegelder abgerufen. Böse Zungen behaupten, die deutschen Behörden würden „zu genau kontrollieren, wie die Mittel verwendet werden“.

Im vergangenen Jahr hat Paraguays BIP immerhin um 2,6 Prozent zugenommen, für 2004 wird eine ähnliche Rate erwartet. Angesichts des etwa gleich hohen Bevölkerungswachstums reicht das jedoch nicht aus, um den Wohlstand spürbar zu erhöhen. Einzig die Landwirtschaft trug mit einer Expansion um 9,5 Prozent 2003 das Wachstum, während der Rest der Wirtschaft – weitgehend stagnierte. Allein die Produktion von Soja hat sich seit 1989 mehr als vervierfacht. Mit einer Ernte von 4,2 Millionen Tonnen Sojabohnen stieg das kleine Paraguay 2003 zum viertgrößten Sojaexporteur des Globus auf.

Nicht zuletzt mit Hilfe der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenar-

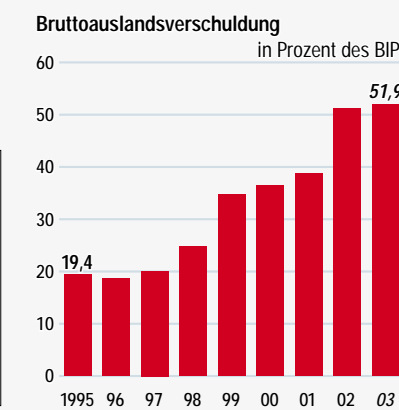
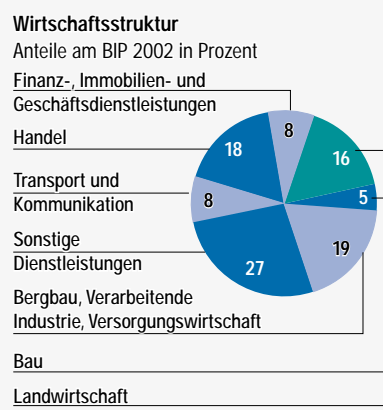
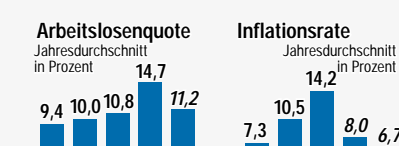
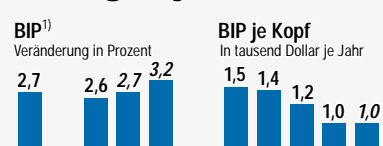
beit (GTZ) wurde Paraguay überdies zum führenden Anwender der Direktsaat-Anbautechnik, bei der das Saatgut ohne vorherige Bodenbearbeitung mit speziellen Sämaschinen direkt in die Erde eingebracht wird. Nach der Ernte bleibt das Stroh zum Schutz des Bodens gegen Wind, Sonne und Regen einfach auf dem Acker liegen. „Das spart Kosten und schont den Boden vor Erosion“, erklärt der ehemalige GTZ-Experte Rolf Derpsch, der von Paraguay aus nun als selbständiger Berater auch in anderen Ländern für die Direktsaat wirbt.

Die steigende Abhängigkeit vom Sojaexport wird indes zur Bürde, wenn die Weltmarktpreise wie in den letzten Monaten einbrechen. Zudem steht dem modernen, stark mechanisierten Sojaanbau, der von einigen großen Agrarbetrieben vielfach ausländischer Provenienz dominiert wird, eine Masse von Kleinbauern gegenüber, die mit veralteten Methoden zum Sterben zuviel und zum Leben zuwenig erwirtschaften. Traditionelles Hauptanbauprodukt der rund 300 000 Kleinbauern ist die Baumwolle, die hierzulande noch manuell geerntet wird. Obwohl die Regierung seit Jahrzehnten ständig Land an Kleinbauern verteilt, ist der Grundbesitz immer noch hoch konzentriert. Sieben Prozent der Landwirte besitzen unterschiedlichen Quellen zufolge 70 bis 90 Prozent des Bodens. Und während das Sojageschäft allein 2003 rund 700 Millionen Dollar im Export erlöste, müssen drei Viertel der Bauern mit kaum mehr als einem Dollar pro Tag auskommen.

Solche Kontraste nähren die sozialen Spannungen. Immer wieder kommt es zu Landbesetzungen und gewaltsamen Konflikten zwischen Landbesetzern und Grundbesitzern. Die Regierung versucht zu schlichten, enteignet Brachland, um es an Landlose zu verteilen. Agrarunternehmer werfen der Regierung vor, das Privateigentum nicht zu schützen. Vor allem ausländische Investoren wie die vielfach deutschstämmigen Brasilianer, die den Sojaanbau dominieren, werden verschreckt. Enrique Riera, der Präsident des Unternehmer-Dachverbandes Fepricon, warnt sogar vor „Gefahr einer totalen Anarchie im Land“.



## Paraguay in Zahlen



## Land und Leute

Obwohl Paraguay der Fläche nach größer ist als Deutschland, zählt das neben Bolivien einzige Binnenland Südamerikas lediglich 5,7 Millionen Einwohner. Die Bevölkerung konzentriert sich im fruchtbaren Ostparaguay, während der 60 Prozent der Landesfläche ausmachende Chaco fast menschenleer ist. In keinem anderen Land Südamerikas hat die Vermischung zwischen den spanischen Eroberern und den eingeborenen Indianern eine so homogene Bevölkerung wie in Paraguay hervorgebracht. Neben den etwa 90 Prozent Mestizen existieren noch 2 bis 3 Prozent Indianer. Der Rest verteilt sich auf Einwanderer aus aller Welt und deren Nachkommen, zu denen auch rund 150 000 Deutschstämmige zählen. Viele Paraguayer sprechen kaum Spanisch, vor allem auf dem Land ist die Indianersprache Guaraní auch heute noch vorherrschend. Ausländische Einwanderer rühmen die Freundlichkeit der Paraguayoos. Weniger rühmlich ist die wuchernde Korruption, die Paraguay in der Rangliste der Organisation Transparency International den viertschlechtesten Platz unter 133 Ländern eingebracht hat. Die Korruption ist sicher ein wichtiger Grund, weshalb Paraguay zu den ärmsten Ländern Südamerikas zählt.

## Wirtschaftsbücher

## Die Sache des Friedrich Merz

Der Weg aus der deutschen Düsternis führt zurück zu den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft

Friedrich Merz: *Nur wer sich ändert, wird bestehen.* Verlag Herder, Freiburg 2004, 224 Seiten, 19,90 Euro.

Der kluge Autor beugt vor. Friedrich Merz ahnt, daß sich die erste Rezeption seines in Kürze erscheinenden neuen Buches darauf beschränken wird, nach „den Stellen“ zu suchen. Wo reibt sich der CDU-Politiker mit dem marktwirtschaftlichen Profil an seiner zögerlichen Partei? Prescht er mit ökonomischen Schocktherapien vor? Wie provoziert er die Parteivorsitzende und Widersacherin Angela Merkel? Doch schon im Vorwort schließt Merz „Enttüllungen“ aus. Es gehe ausschließlich um die Darstellung und Lösung von Sachproblemen. Merz wäre aber nicht Merz, bewegte er sich nur auf der Grundlage von Parteibeschlüssen. Doch dehnt er sie vorsichtig, Unterschiede nicht betonend. Sein Buch soll überzeugen, nicht provozieren.

In der ihm eigenen klaren Sprache gibt Merz seinen Bericht zur – düsteren – Lage der (Wirtschafts-)Nation Deutschland. Eines solchen allerdings haben so oder ähnlich in jüngerer Zeit verschiedene Autoren gegeben, auf die sich Merz offen stützt, beispielsweise der Ökonom Hans-Werner Sinn („Ist Deutschland noch zu retten?“). Die Lektüre des Buches von Merz lohnt denn auch weniger wegen seiner – durchaus eindringlichen – Analyse. Zum Zustand des verregelten Arbeitsmarktes, der überforderten Sozialversicherungen, des Steuerrechts, zur Schuldenfalle, den Problemen der Zuwanderung bis hin zu den Schwächen des Föderal- und Bildungssystems ist vieles schon gesagt und aufgeschrieben. Illusionen sind hier eigentlich nicht mehr zu rauben.

Merz sammelt die bekannten Fakten und Stichwörter auf und mischt sie mit spezifischen Erfahrungen des Abgeordneten. Dabei entsteht das bekannte Bild eines

von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsorgen gezeichneten Volkes voller „Schwermut, Pessimismus, Zukunftsangst“. Eines Volkes, dem im Strudel des Wandels, den der Wettbewerb ihm aufzwingt, Werte und Bindungen abhandeln kommen: die Kirchen leer, die Esoterikecke im Buchladen und die Volksfeste voll, die Gesellschaft kalt, Familien „in der Defensive“.

Gut ein Drittel des Buches wandelt der Leser mit Merz durch die deutsche Düsternis, bevor der Politiker Ernst macht mit dem im Untertitel angekündigten „Kursbestimmung für unsere Zukunft“. Sein Ziel ist die „menschliche und wohlhabende Gesellschaft“, in der jeder, der arbeiten will, wieder Arbeit hat. Der Weg dahin führt für Merz über mehr Freiheit, mehr Leistung, mehr Bereitschaft zum Risiko, weniger Konsens. Nicht jede Debatte zuerst mit der Frage nach sozialer Gerechtigkeit zu beginnen, lautet sein Petition.

Sein Buch wird damit zu einem Appell, zu den Grundlagen jener Sozialen Marktwirtschaft zurückzukehren, die Deutschland wirtschaftlich stark und selbstbewußt gemacht hat. Sie bezog ihren sozialen Charakter zuallererst daraus, daß sie den meisten Bürgern die Chance bot, den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu sichern. Soziale Marktwirtschaft, so verstanden, hat keine große Lobby mehr im Bundestag. Sie ist auf jede Stimme angewiesen. Merz ficht für sie, indem er Zusammenhänge wiederherstellt, die selbstverständlich sein sollten, aber es längst nicht mehr sind. In diese Kategorie gehört beispielsweise die Erkenntnis, daß Wachstum durch Arbeit, nicht durch Arbeitszeitverkürzung entsteht. Oder die Erinnerung daran, daß es keine Versicherung gibt gegen das Risiko, im Leben und Beruf zu scheitern.

Merz geht es aber nicht nur um Prinzipien. Er will der aktuellen Debatte über die Arbeitsmarktreformen „nach Hartz“ seinen Stempel aufdrücken. So umfassend

wie detailliert ist die Liste seiner Vorschläge, um wieder zu Vollbeschäftigung zu kommen. Daß auch hier vieles bekannt ist, mindert den Wert nicht. In Deutschland mahlen die Mühlen langsam. Das ist zum einen – Merz greift dies auf – institutionell bedingt: Verhältnismäßigrecht und Föderalprinzip verhindern klare politische Mehrheiten. Zum anderen aber läßt die politische Debatte im Alltag oft zu wenig Zeit und Raum, Positionen gut zu begründen. Merz will diese Lücke schließen. Was haben die Arbeitnehmer davon, wenn Arbeitszeit und Lohn verhandelt werden können? Warum ist es sinnvoll, die Kündigungsschutz möglichst ersatzlos abzuschaffen? Was bringt es, die Arbeitslosenversicherung stärker am Versicherungsprinzip zu orientieren?

In der Debatte über Kranken- und Pflegeversicherung treibt Merz seine Partei an, nicht wankelmütig zu werden – und die anvisierte Kopfpauschale konsequent zu Ende zu denken. Das heißt: Die Pflegeversicherung aufzulösen und in eine reformierte Krankenversicherung zu integrieren, finanziert über versicherungsmathematisch berechnete, risikoadäquate Gesundheitsprämien. Der nach diesem Systemwechsel erforderliche soziale Ausgleich müsse notfalls über eine Anhebung der Mehrwertsteuer aufgebracht werden. Da ist er dann doch, der Merz, der Tabus nicht scheut. Und dann findet sich auch noch eine Spitze gegen Merkel, von deren Standfestigkeit Merz nicht überzeugt ist. „Mit diesem Systemwechsel, den man nur ganz oder gar nicht vollziehen kann, wird sich die Reformfähigkeit der deutschen Gesellschaft ebenso erweisen wie die Führungskraft des politischen Personals“, schreibt er. Wenn die Partei und die Mannschaft selbst nicht von der Richtigkeit des Vorhabens überzeugt seien, gäben sie die Auseinandersetzung verloren, bevor diese richtig angefangen habe. HEIKE GÖBEL

## Auf und ab

Neue Gesetze für Anleger

Eberhard Schwark (Herausgeber): *Kapitalmarktrechts-Kommentar.* Verlag C. H. Beck, München 2004, 1998 Seiten, 148 Euro.

Das Auf und Ab an den Börsen hat auch den Gesetzgeber beflügelt: Mit dem Kapitalmarktrecht ist in den vergangenen Jahren ein weitgehend neues Rechtsgebiet entstanden. Es ergänzt und überlagert das hergebrachte Aktienrecht. Noch immer ist dagegen das Angebot an einschlägiger Fachliteratur erstaunlich dünn. Um so erfreulicher ist es, daß der Berliner Rechtswissenschaftler Eberhard Schwark einen Kommentar herausgebracht hat, der nun auch das Wertpapierhandelsgesetz, das Übernahmegesetz, das Verkaufsprospektgesetz sowie zwei andere Regelwerke erläutert. Schwark hat neben zwei weiteren Juraprofessoren zwei Rechtspraktiker mit Bank- und Börsenerfahrung als Mitautoren gewonnen. Eingearbeitet sind beispielsweise die tiefgreifenden Änderungen in zahlreichen der besprochenen Vorschriften durch das Vierte Finanzmarktförderungsgesetz, die den Anlegerschutz stärken sollen. Berücksichtigt wurden auch die Erfahrungen mit den ersten Strafprozessen nach Bilanzskandalen am mittlerweile eingestellten Börsensegment „Neuer Markt“. Daß nationale Regeln gerade im Finanzgewerbe mittlerweile vielfach nur noch Ausführungsbestimmungen zu Richtlinien der Europäischen Union sind, machen die gründlichen Vorbemerkungen zur Entstehungs- und Reformgeschichte einzelner Gesetze deutlich. Die Regelungswut des europäischen Gesetzgebers ist noch gewachsen, seit er eine Flut von Detailvorschriften durch Verwaltungsgremien – im sogenannten Komitologieverfahren – verabschiedet läßt. Der Leser wird daher damit leben müssen, daß manche der Kommentierungen nicht lange Bestand haben werden. So stehen weitere Reglementierungen von Wertpapierdienstleistern ins Haus. JOACHIM JAHN

## Neu auf dem Markt

Diether Döring: *Sozialstaat.* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 2004, 129 Seiten, 8,90 Euro.

Faktenwissen versachlicht jede Diskussion. Diether Döring, Professor für Sozialpolitik in Frankfurt, hat ein kleines Buch vorgelegt, in dem alles Notwendige zu finden ist, um den überforderten deutschen Sozialstaat zu begreifen. Ein großer Abschnitt ist den historischen Wurzeln gewid-

Dieter Cansier: *Finanzwissenschaftliche Steuerlehre.* Verlag Lucius & Lucius, Stuttgart 2004, 245 Seiten, 19,90 Euro.

Das deutsche Steuerrecht ist etwas für Liebhaber – oder für Finanzwissenschaftler. Wer sich einen Überblick über die wissenschaftlichen Kriterien verschaffen will, nach denen Steuern zu beurteilen sind, oder wer gar eine umfassende Analyse der einzelnen Steuern in Deutschland sucht, ist bei Dieter Cansier richtig aufgehoben. Das nüchterne Lehrbuch des Tübinger Finanzwissenschaftlers ist erschöpfend – es findet sich fast alles, von den Belastungswirkungen des Halbeinkünfteverfahrens bei der Körperschaftsteuer über die Besteuerung von Scheingewinnen und die Rentenbesteuerung bis hin zu den Vorzügen einer Konsumausgabensteuer. Nur die Vermögenssteuer wird bezeichnenderweise mit keiner Silbe erwähnt. orn.

Robert Nef: *In Praise of Non-Centralism.* Liberal Verlag, Berlin 2004, 94 Seiten, 6,50 Euro.

Gerade vor dem Hintergrund, daß sich die Zentralisierung in der Europäischen Union auf Samtpfoten anschießt, ist es ein Glücksfall, daß Robert Nefs Büchlein über das „Lob des Non-Zentralismus“ nun auch auf englisch vorliegt – auf daß es auch in anderen Mitgliedstaaten gelesen werde. Denn der Schweizer Autor, Leiter des Liberalen Instituts in Zürich, führt noch einmal klar und prägnant vor Augen, was alles verlorengeht, wenn sich die politische Entscheidungsgewalt von den Bürgern entfernt: die näherungsweise Identität von Nutzen und Finanzierung, die Möglichkeit, von Vorbildern zu lernen, die lokal begrenzte Tragweite von Fehlern. Nef spricht von „Non-Zentralismus“ statt von Dezentralisierung – weil Dezentralisierung bereits ein Zentrum voraussetzt. Nef aber ist daran gelegen, von vornherein möglichst viel Macht bei kleinen, selbstbestimmten Einheiten anzusiedeln und Wettbewerbliche Prozesse anzustoßen. orn.



„Seite 5, Seite 6, Seite 7, ...“

met – und da findet sich auch jenes Bismarck-Zitat, aus dem hervorgeht, daß der Reichskanzler in der Sozialversicherung nicht zuletzt einen Abwehrmechanismus gegen die Sozialdemokratie sah. Döring schildert die Entwicklung in Nachkriegsdeutschland, im Westen wie im Osten, und verlegt das deutsche Modell mit anderen europäischen Sozialstaaten. Er analysiert Stärken und Schwächen – und den aktuellen Reformbedarf. orn.